

23. August 2011

**Alle Jahre wieder: Behörden bestätigen Baselbieter Wohnungsnot
Im Baselbiet ist der Leerwohnungsbestand weiter gesunken und beträgt gerade noch
0,4%. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Auch im Baselbiet fehlt es an
Wohnraum. Doch die Behörden reden die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter schön
und üben sich in nichts tun.**

Alle Jahre wieder und somit auch dieses Jahr bestätigen die publizierten Erhebungen, was Mieterinnen und Mieter selbst schmerzlich erfahren müssen: Im Baselbiet fehlt es an Wohnungen. Seit vielen Jahren bewegt sich die Zahl leerstehender Wohnungen im Baselbiet bei minimalsten Werten und ist dieses Jahr gemäss den heute publizierten Daten sogar noch weiter gesunken. Fachleute und auch das Bundesgericht sprechen bei solchen Werten von Wohnungsnot. Nicht so der Baselbieter Regierungsrat. Er lässt über das statistisches Amt sowie über den Basler Stadtentwickler ausrichten, dass hier weiterhin alles bestens bestellt sei und allenfalls auftretende Probleme in andern Regionen viel gravierender seien.

Für Mieterinnen und Mieter sind die Konsequenzen dieser minimalen Leerstandsquote klar: Sie müssen nach wie vor mit steigenden Mietzinsen rechnen und dies wohlverstanden noch zu Zeiten von rekordtiefen Zinsen. Da der Vermieter aufgrund des viel zu knappen Angebotes bei jedem Wohnungswechsel einen höheren Mietzins durchsetzen kann, dreht sich also die Mietpreisspirale weiterhin nach oben.

In einer solchen Situation wäre eine Wohnpolitik, welche ein zentrales Augenmerk auf die Entwicklung der Mietzinsen wirft und welche preisgünstiges und bezahlbares Wohnen ermöglichen würde, gefragt. Doch die Baselbieter Regierung verneint im Unterschied zu Behörden anderer Schweizer Regionen den Handlungsbedarf und verweist auf einen Markt, der dies angeblich richten wird.

Zudem muss einmal mehr darauf hingewiesen werden, dass die Baselbieter Wohnpolitik stets und ausschliesslich Wohneigentumspolitik war und ist. Viel wichtiger als der Zugang zu zahlbarem Wohnraum bleibt für die Baselbieter Behörden weiterhin das Festhalten am verfassungswidrigen Bausparen und an möglichst tiefen Eigenmietwerten mit möglichst hohen Steuerabzügen für Wohneigentümer. Dass eine solche Wohnpolitik früher oder später in einer finanzpolitischen Sackgasse enden musste, war absehbar und kann jetzt auch nicht mit einem einseitigen Entlastungspaket gelöst werden.